

GASTWIRTSCHAFT

Kunst für den Frieden

Mit dem Verkauf von NFTs die Ukraine unterstützen



Von Ruth Polleit Riechert

NFTs scheinen die Welt zu erobern. Kaum ein Bereich existiert, in dem sie nicht heiß diskutiert werden, denn viele sehen die neue Technologie sehr kritisch. Der Kunstmarkt aber profitiert ganz klar von ihr.

NFT steht für „Non Fungible Token“ („nicht-austauschbare Wertmarke“) und bedeutet, dass eine Datei einzigartig, fälschungssicher und handelbar ist, weil sie als Zertifikat auf der Blockchain abgelegt ist. Für den Kunstvertrieb eine Revolution: Künstler, die digitale Kunst entwickeln, können ihre Werke leichter verkaufen, da diese nicht mehr kopierbar sind. Damit sind Künstler nicht länger abhängig von Galerien oder Auktionshäusern, sondern können ihre Werke über sogenannte Marketplaces verkaufen. Sämtliche Transaktionen sind transparent – das ist auch für Käufer von Vorteil.

In der Renaissance fand ein ähnlicher Umschwung im Kunstmarkt statt. Dank der Druckerei von Johannes Gutenberg konnten Künstler zum ersten Mal ihre eigenen Werke in Erstausgaben drucken und hatten somit die Kontrolle über ihre eigene Produktion. Die NFTs haben möglicherweise noch größere historische Bedeutung, denn ihre technischen Möglichkeiten sind endlos.

So sind Museen über die Produktion von NFTs in der Lage, eigenständig Gelder zu generieren und machen sich so unabhängiger von der Kulturförderung. Die Uffizien in Italien, The British Museum oder die Hermitage in Petersburg haben diese Möglichkeit bereits genutzt und NFTs von bekannten Meisterwerken produziert und verkauft.

Neuerdings gibt es auch Projekte, um Menschen in der Ukraine zu unterstützen. Internationale Künstler haben NFTs entwickelt und zum Verkauf angeboten. Der Erlös geht an ausgewählte Hilfsorganisationen. Geregelt wird dies über sogenannte „Smart Contracts“, die jedem NFT hinterlegt sind. Auch die NFT-Plattformen selbst tragen ihren Teil bei. So spendet etwa SuperRare die Provision, die sie bei Verkäufen bestimmter NFTs erhält, bis zu einer Summe von 50 000 US-Dollar.

Kunst dient bestenfalls als Vermittler zwischen Kulturen, über alle Grenzen hinweg. Für Frieden, gegen den Krieg. Die neuen Technologien machen es möglich, dass nicht nur Werke global produziert und digital ausgestellt werden – auch über Kunst generierte Spendengelder können rasch eingesammelt dort ankommen, wo sie benötigt werden.

Die Autorin ist promovierte Kunsthistorikerin und Kunstmarktexpertin.

NACHRICHTEN

Brüssel: Ukraine soll zollfrei importieren können

Die EU-Kommission will zunächst für ein Jahr keine Einfuhrzölle auf Waren aus der Ukraine mehr erheben. „Dieser weitreichende Schritt zielt darauf ab, die ukrainischen Exporte in die EU zu unterstützen“, erklärte die Kommission am Mittwoch. Die wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine sollten so abgefedert werden. Zunächst handelt es sich bei der Maßnahme jedoch lediglich um einen Vorschlag der Kommission. afp

Klima-Protestaktion an Pumpstationen

Bei Protestaktionen gegen Öl- und Gasimporte haben Klimaschützer:innen am Mittwoch versucht, die Versorgung über Pipelines in Brandenburg und im Rheinland zu unterbrechen. An

der Ölleitung Druschba in der Nähe von Schwedt an der Oder hätten Aktivisten ein Sperrventil per Hand geschlossen, teilte die Gruppe „Letzte Generation“ mit, die seit Jahresbeginn auch Autobahnblockaden organisierte. Die für Schwedt zuständige Polizei in Frankfurt (Oder) bestätigte den Vorfall. Beteiligt seien ein Mann und eine Frau, die sich an die Anlage festgekettet oder festgeklebt habe, sagte Sprecher Roland Kamenz. Eine ähnliche Aktion gab es laut Polizei in Bad Neuenahr-Ahrweiler im nördlichen Rheinland-Pfalz an einer Gas-Pumpstation. dpa

Zentralafrikanische Republik akzeptiert Bitcoin

Die Zentralafrikanische Republik akzeptiert künftig die Kryptowährung Bitcoin als legales Zahlungsmittel. Präsident Faustin Archange Touadera unterschrieb ein entsprechendes Gesetz, wie sein Stabschef Obed Namsio am Mittwoch mitteilte. Die Zentralafrikanische Republik ist somit nach El Salvador das zweite Land

der Welt, das Bitcoin als Zahlungsmittel akzeptiert. Das Parlament hatte das entsprechende Gesetz zuvor einstimmig beschlossen. afp

P&O-Fähre überquert wieder den Ärmelkanal



Sechs Wochen nach der Massentilgung der gesamten Schiffsbesatzungen hat der Fähranbieter P&O Ferries erstmals wieder die wichtige Strecke zwischen Dover und Calais bedient. Die „Spirit of Britain“ durchquerte in der Nacht zum Mittwoch den Ärmelkanal, wie unter anderem die BBC berichtete. Das britische Unternehmen hatte am 17. März überraschend alle knapp 800

Crewmitglieder entlassen und dafür günstigere Arbeitskräfte eingestellt. Die Regierung in London und Gewerkschaften kritisierten den Schritt scharf. Bis die neuen Besatzungen geschult waren, stellte P&O alle Verbindungen auf den insgesamt vier Strecken ein. dpa

Geywitz hält an Neubau-Ziel für Wohnungen fest

Bauministerin Klara Geywitz hält trotz der Probleme der Bauindustrie infolge des Ukraine-Kriegs an ihrem Ziel fest, jährlich 400 000 neue Wohnungen zu schaffen. Das zu erreichen sei durch Lieferengpässe und explodierte Preise für Baustoffe und Energie noch deutlich ambitionierter geworden, sagte die SPD-Politikerin am Mittwoch zum Auftakt eines Bündnisses für bezahlbares Wohnen in Berlin. Zugleich aber würden die Wohnungen noch viel dringender gebraucht. Viele Flüchtlinge könnten so schnell nicht in ihre völlig zerstörten Heimatstädte in der Ukraine zurückkehren. dpa

Fünf Sterne, alles super

Reiseportale und Online-Händler wehren sich oft vergeblich gegen gefälschte Bewertungen

VON THOMAS MAGENHEIM

Es sind juristische Siege, die einfach verpuffen: „Wir haben gegen Norbert Weber vor dem Landgericht München ein Ordnungsgeld von 250 000 Euro erstritten, aber jetzt sitzt die Person in Dubai und da muss man das erst mal durchsetzen“, bricht der Frust aus Michael Weber heraus. Beim Ärzteportal Jameda kämpft er als Leiter des Qualitätsmanagements gegen gefälschte Bewertungen, ein ebenso profitables wie illegales Geschäft für professionelle Fake-Agenturen.

Michael Weber ist mit Firmen wie Goldstar Marketing einer der Drahtzieher – verurteilt, aber nicht haftbar zu machen. Das ist kein Einzelfall. Auch Georg Ziegler kann ein Lied davon singen. Er leitet die Betrugsverfolgung bei Holiday Check. Im Oktober 2018 konnte das Reiseportal ein Fake-Netzwerk identifizieren, das massenweise falsche Bewertungen platziert hatte. Weil in einem solchen Fall weder Staatsanwaltschaft noch Polizei aktiv werden, hat die Plattform selbst ermittelt und der Fake-Agentur Fivestar Marketing eine Klage zugestellt. Leicht war das nicht. Die Briefkastenfirma residierte in Belize.

Im November 2019 sprach das Landgericht München die Fake-Agentur schuldig. Wie zum Hohn warb die am Tag danach mit einem Rabatt auf gefälschte Bewertungen bei Holiday Check. „Die Agentur hat einfach ihren Namen und den Handelsregistereintrag geändert sowie einen neuen Geschäftsführer ausgewiesen, sie macht bis heute munter weiter“, so Ziegler. Fivestar firmiert nun in Bulgarien.

Dem Onlineriesen Amazon ist es gelungen, zwei Fake-Agenturen endgültig auszuschalten. „Wir haben drei bis vier Jahre

dazu gebraucht und Bußgelder in sechsstelliger Höhe erwirkt“, sagt Sprecher Tobias Goerke. Aber eine Rechtsabteilung und einen so langen Atem wie Amazon haben andere Internetportale nicht. Im Kampf gegen Fake-Bewertungen sind sie per Zivilrecht auf sich allein gestellt.

„Falsche Bewertungen sind unlauter, werden aber nicht strafrechtlich bewertet“, weiß die Chefjustiziarin der Verbraucherzentrale Bayern, Tatjana Halm. Um strafrechtlich geahndet zu werden, fehle ein nachweisbarer Vermögensschaden, sagt sie. Dabei sind die Dimensionen des Betrugs gewaltig.

Amazon hat schon 2020 weltweit 200 Millionen anrüchige Bewertungen aus seinem System gefischt, bevor die Kundschaft sie zu Gesicht bekommen hat. Bei jährlich gut 1,5 Milliarden Produktbewertungen auf Amazon entspricht das rund 13 Prozent. Bei Holiday Check werden 17 Prozent aller Bewertungen als verdächtig oder klar gefälscht eingestuft.

„Es ist eine lose-lose-lose-Situation, bei der Verbraucher, Plattformen und Händler verlieren“, sagt Dara Kossok-Spieß, Leiterin der Netzpolitik beim Handelsverband Deutschland (HDE). Die Produkte ehrlicher

Online-Händler würden von Fake-Bewertungen immer öfter ans Ende der Liste von Suchergebnissen gedrängt.

Es könnte laut Sebastian Halensleben noch schlimmer kommen. „Ich sehe eine große Gefahr in automatischen Fake-Bewertungen“, warnt der Digitalexperte des Elektrotechnikverbands HDE. Damit meint er Algorithmen, die die Sprache echter Menschen imitieren oder gleich deren Identität übernehmen und massenweise falsche Bewertungen per Internet absondern.

Ziegler sieht nur einen Ausweg. „Der Gesetzgeber muss handeln und Fake-Bewertungen ins Strafrecht verlagern“, fordert der Betrugsbekämpfer von Holiday Check. Viele Jurist:innen sind aber nicht überzeugt, dass sich ein Vermögensschaden nachweisen lässt, der für die strafrechtliche Verfolgung nötig wäre.

„Man findet keine griffige Lösung“

„Man findet keine griffige Lösung“, räumt Halm ein. Ähnlich sieht es Kossok-Spieß vom HDE. Sie hofft auf eine Neuerung im Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb, die Ende Mai als sogenannte Omnibus-Richtlinie in Kraft treten wird. „Ab dann haben wir eine klare Rechtslage“, sagt Armin Jungbluth als Ministerialrat des Bundesdigitalministeriums. Die Richtlinie sei eine gesetzliche Klarstellung dafür, dass Fake-Agenturen unlauter arbeiten und Irreführung betreiben.

Ziegler überzeugt das nicht. Gerichte hätten jetzt schon für Klarheit gesorgt. Woran es mangele sei Durchsetzbarkeit und damit abschreckende Wirkung. „Die Richtlinie müsste schon heute nachgebessert werden“, findet der Betrugsbekämpfer.



Hält das Hotel, was das Reiseportal verspricht?

DPA